

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4177

"Europäische Bankenabgabe"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4177 vom 11.11.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 12.11.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5292 des WI vom 05.02.2015
4. Beschluss des Plenums 17/5441 vom 26.02.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Peter Winter, Martin Bachhuber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Petra Dettenhöfer, Wolfgang Fackler, Christine Haderthauer, Hans Herold, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Harald Kühn, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Dr. Harald Schwartz, Reserl Sem, Klaus Stöttner, Ernst Weidenbusch, Georg Winter und Fraktion (CSU)**

Europäische Bankenabgabe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundes-ebene und auf europäischer Ebene auf eine grundlegende Überarbeitung der Kommissionsvorschläge hinzuwirken. Ziel muss es sein, zum Schutz der kleinen und mittleren Banken, insbesondere der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, aber auch der Förderbanken die Regelungen zu den Beitragspflichten zu überarbeiten, die übermäßigen Belastungen und damit Wettbewerbsnachteile zu reduzieren.

Begründung:

Die EU-Kommission hat am 21. Oktober 2014 zwei Sekundärrechtsakte zur Ausgestaltung der europäischen Bankenabgabe beschlossen: Einen delegierten Rechtsakt nach der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BRRD), dem der EU-Ministerrat und das Europäische Parlament innerhalb von drei bzw. sechs Monaten widersprechen können, und einen Vorschlag für einen Durchführungsrechtsakt des Rates nach der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM), den der Rat annehmen muss.

Kernpunkt des SRM ist der Aufbau eines europäischen Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) mit einer Zielausstattung von 55 Mrd. Euro, der von Beiträgen aller Banken der teilnehmenden Mitgliedstaaten (derzeit nur die Euroländer) innerhalb von acht Jahren gespeist werden soll.

Beitragspflichtig sind alle in den EU-Mitgliedstaaten lizenzierten Institute sowie die in der EU bestehenden Zweigstellen von Instituten aus Drittstaaten. Hierzu zählen auch die Förderbanken der Länder. Ausnah-

meregelungen gelten nur für „kleinste Banken“, die abhängig von der Höhe der Bemessungsgrundlage Pauschalbeträge entrichten. In den Übergangsbestimmungen ist zudem geregelt, dass Mitgliedstaaten für „kleine Banken“ bis zu einer Bilanzsumme von 3 Mrd. Euro während der achtjährigen Aufbauphase des Fonds ein Mischsystem aus Pauschalierung und risikoadjustiertem System vorsehen können. „Mittlere und große Banken“ müssen die vollen risikoadjustierten Beiträge entrichten.

Zwar konnten nicht zuletzt auf bayerisches Drängen hin im Vergleich zu den ersten Entwürfen Erleichterungen für Förderbanken und kleine Banken erreicht werden, dennoch ist der endgültige Vorschlag der EU-Kommission zum delegierten Rechtsakt nicht zufriedenstellend.

Im Gegensatz zu der im Jahr 2011 eingeführten nationalen Bankenabgabe werden auch die Förderbanken der Länder Beiträge zur Europäischen Bankenabgabe leisten müssen, wohingegen die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau durch eine gesetzliche Regelung von der Beitragspflicht befreit ist. Dies führt zu Wettbewerbsnachteilen für die Länderförderinstitute und steht im Widerspruch zu den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag auf Bundesebene.

Durch die spezifische Eigentümerstruktur der Förderbanken werden diese jedoch niemals Leistungen aus dem Abwicklungsfonds erhalten, d.h. die Länderförderinstitute fungieren als reine Nettozahler. Ebenso werden kleine und mittlere Banken, die durch Freibeträge bei der nationalen Bankenabgabe ausgenommen sind, beitragspflichtig werden, obwohl sie aufgrund ihrer mangelnden Systemrelevanz voraussichtlich niemals Leistungen aus dem Abwicklungsfonds erhalten werden. Sie fungieren daher auch als reine Nettozahler. Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Erleichterungen für kleinste Institute bieten für die Mehrzahl der regional tätigen Banken in Deutschland letztlich keine signifikanten Entlastungen.

Sparkassen und Genossenschaftsbanken, d.h. die große Gruppe der KMU-finanzierenden Institute in Deutschland, werden doppelt belastet. Diese Institute werden bereits durch ihre jeweiligen Institutssicherungssysteme, zu denen jährlich risikoadjustierte Beiträge geleistet werden müssen, in ihrem Bestand geschützt. Eine über die Institutssicherungssysteme hinausgehende bzw. „bessere“ Absicherung durch den Abwicklungsfonds ist nicht gegeben.

Eine Überarbeitung der Kommissionsvorschläge ist daher dringend erforderlich.

Argumente liefern: Die Tierärzte haben eine ganz besondere Berufsausbildung, die sie ausreichend kompetent macht, um umfassend zu beraten. Gerade Sie müssten das wissen. Anreizsysteme für den Verzicht sind nicht notwendig, da der Einsatz aus meiner Sicht sowieso beschränkt und nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen ist. Die Forderung einer Beschränkung der Vergabe an betroffene Tiere, Herr Kollege, erübrigt sich, weil das Arzneimittel laut Gesetz ohnehin nur einem betroffenen Tier zugeordnet werden kann. Ich glaube, auch das müssten Sie wissen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4176 - das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Gegenstimmen, bitte. – CSU. Enthaltungen? – Bei der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4190 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4191 - das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das dürften die FREIEN WÄHLER sein.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich stelle fest, die FREIEN WÄHLER stimmen ihrem Antrag zu. Gegenstimmen, bitte. – CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/4177 bis 17/4182 sowie 17/4192 bis 17/4197 werden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Nordanbindung des Flughafens Nürnberg (Drs. 17/2518)

Die Fraktionen haben übereinstimmend auf Aussprache verzichtet. Wir kommen gleich zur namentlichen Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 20.00 bis 20.05 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich rufe die **Listennummer 4** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Umweltkriminalität aufdecken - Ermittlungsbehörden stärken! (Drs. 17/2590)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Herr Kollege von Brunn. Bitte sehr!

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 1980, während der Regierungszeit des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, wurde das 18. Strafrechtsänderungsgesetz verabschiedet und zum ersten Mal ein eigener Abschnitt "Straftaten gegen die Umwelt" in das Strafgesetzbuch eingefügt. Trotzdem kam der Sachverständigenrat für Umweltfragen im Jahr 1996 noch zu dem Urteil, dass es eine gewisse Vernachlässigung des Umweltstrafrechts in Deutschland gebe. Im letzten Jahrzehnt gab es aber deutliche Verbesserungen, und man kann jetzt, was die legislative Seite anbelangt, einigermaßen zufrieden sein.

Es stellt sich aber die Frage - deshalb dieser Antrag -, ob wir möglicherweise ein Problem beim Vollzug der Gesetze und bei der Aufklärung von Straftatbeständen haben. Ich glaube, das lässt sich auch anhand der aktuellen Beispiele aus Bayern erkennen. Die häufigste Deliktart in diesem Bereich ist der unerlaubte Umgang mit Abfällen gemäß § 326 Strafgesetzbuch. Im Jahr 2011 hat es einen Fall in Nürnberg gegeben, bei dem asbesthaltige Eternitplatten monatelang auf einem Grundstück gelagert waren – Einstellung gegen eine Zahlung von 500 Euro.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)**
Drs. 17/4177

Europäische Bankenabgabe

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Harald Schwartz**
Mitberichterstatterin: **Annette Karl**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 24. Sitzung am 4. Dezember 2014 beraten und **einstimmig** Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 20. Sitzung am 27. Januar 2015 mitberaten und **einstimmig** Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 55. Sitzung am 5. Februar 2015 mitberaten und **einstimmig** Zustimmung empfohlen.

Martin Stümpfig
Stellvertretender Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Peter Winter, Martin Bachhuber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Petra Dettenhöfer, Wolfgang Fackler, Christine Haderthauer, Hans Herold, Klaus Holletschek, Sandro Kirchner, Harald Kühn, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Dr. Harald Schwartz, Reserl Sem, Klaus Stöttner, Ernst Weidenbusch, Georg Winter und Fraktion (CSU)

Drs. 17/4177, 17/5292

Europäische Bankenabgabe

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene und auf europäischer Ebene auf eine grundlegende Überarbeitung der Kommissionsvorschläge hinzuwirken. Ziel muss es sein, zum Schutz der kleinen und mittleren Banken, insbesondere der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, aber auch der Förderbanken, die Regelungen zu den Beitragspflichten zu überarbeiten, die übermäßigen Belastungen und damit Wettbewerbsnachteile zu reduzieren.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummer 18, die einzeln beraten werden soll, und die Listennummer 23, die im Einvernehmen der Fraktionen abgesetzt werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dienstfahrzeuge für die Bayerische Eich- und Beschussverwaltung
Drs. 17/2519, 17/5151 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt hat

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Master-Plätze ausbauen – Hürden zwischen Bachelor und Master abbauen!
Drs. 17/2548, 17/5231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

3. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Erwin Huber,
Klaus Stöttner u.a. CSU
Nachhaltige und dauerhafte Finanzierung von Kurorten und Heilbädern
sicherstellen
Drs. 17/2783, 17/5152 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dublin-Überstellungen nach Bulgarien aussetzen
Drs. 17/3544, 17/5323 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
Kathi Petersen u.a. SPD
Kinder und Jugendliche stark machen – gesundheitliche Vorsorge verbessern I:
Suchtprävention bei Jugendlichen –
Datengrundlage für die Arbeit vor Ort schaffen
Drs. 17/3655, 17/5331 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 1:
Realität anerkennen – solidarisch handeln – Menschenrechte achten
Drs. 17/4065, 17/5324 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 2:
Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) zügig umsetzen
Drs. 17/4066, 17/5325 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 3:
Verantwortung durch Quotenregelung gerecht verteilen
Drs. 17/4067, 17/5326 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 4:
Fluchtursachen bekämpfen, Entwicklungshilfe verstärken
Drs. 17/4068, 17/5327 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 5:
Gesamteuropäisches Einwanderungs- und Integrationskonzept erarbeiten
Drs. 17/4069, 17/5328 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer u.a. CSU
Probleme in der Pflege beheben – Überprüfung der Personalschlüssel
Drs. 17/4170, 17/5332 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Europäische Bankenabgabe
Drs. 17/4177, 17/5292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berechtigte Ansprüche ehemaliger Heimkinder erfüllen – Laufzeit des Fonds Heimerziehung verlängern und Fondsmittel bedarfsorientiert aufstocken
Drs. 17/4180, 17/5177 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe überarbeiten
Drs. 17/4192, 17/5293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bankenabgabe für Sparkassen- und Genossenschaftsbanken verhindern
Drs. 17/4193, 17/5294 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konzept für eine Informationsstelle gegen Flucht und Vertreibung in Prag
Drs. 17/4316, 17/5178 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Betäubung von Schweinen mit Helium
Drs. 17/4317, 17/5141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bekämpfung der Ursachen sogenannter Armutsmigration in den Herkunftsländern Drs. 17/4319, 17/5302 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

19. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD Sozialen Wohnungsbau in den Kommunen fördern Drs. 17/4322, 17/5180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen u.a. SPD Die Realschulen nicht alleine lassen – kleinere Klassen, mehr guten Ganztag, mehr Förderung für gymnasial geeignete Schülerinnen und Schüler Drs. 17/4442, 17/5215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. und Fraktion (SPD) Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Abschaffung von Kettenduldungen Drs. 17/4455, 17/5329 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU)
Plattform Gesundheitswirtschaft
Drs. 17/4475, 17/5295 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens
Drs. 17/4477, 17/5330 (ENTH)

Der Antrag wird im Einvernehmen mit den Fraktionen abgesetzt

24. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl u.a. SPD
Novembersteuerschätzung 2014 und
Auswirkungen auf den Staatshaushalt 2015/2016
Drs. 17/4488, 17/5150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesundheitswirtschaft – Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern!
Drs. 17/4500, 17/5297 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung der interfraktionellen Resolution zur Aufarbeitung der Situation ehemaliger Heimkinder in Bayern und zur Umsetzung des Fonds Heimerziehung auf Bundesebene
Drs. 17/4508, 17/5181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Fonds Heimerziehung in der Bundesrepublik in den Jahren 1949 bis 1975
Drs. 17/4605, 17/5183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Informationen über die Sekte „Zwölf Stämme“ weitergeben!
Drs. 17/2553, 17/5298

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

29. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Bodensee-Schifffahrts-Ordnung (BSO)
Drs. 17/3189, 17/5158

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung
Drs. 17/3293, 17/5162

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

31. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hände weg vom § 13a Einkommensteuergesetz – vereinfachte Gewinnermittlung
nach Durchschnittssätzen erhalten
Drs. 17/3716, 17/5147 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

32. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
Berichtsantrag zur Breitbandversorgung von Schulen in Bayern
Drs. 17/4324, 17/5163

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

33. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine restriktiven Vorgaben für die Testphase zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums
Drs. 17/5028, 17/5165

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abgrenzung der FFH-Meldungen bürger- und kommunalfreundlicher gestalten – Mehr Zeit für aufwändige Recherche
Drs. 17/5033, 17/5194

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

35. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Informationsmaterialien zur „Mittelstufe Plus“ zur Verfügung stellen
Drs. 17/5202, 17/5291

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
ÖPNV-Förderung: Ländlichen Raum und Mittelstand nicht benachteiligen
Drs. 17/4473, 17/5245 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ

